

Föderativverband kritisiert künftiges Personalstatut der Telecom.

## **Falsches Signal gesetzt**

Der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe kritisiert den Entscheid des Bundesrats, das Anstellungsverhältnis des Telecom-Personals nach dem Jahr 2000 privatrechtlich zu regeln. Damit werde ein falsches und gefährliches Signal gesetzt.

Die Telecom bleibe nämlich auch als spezialgesetzliche Aktiengesellschaft mehrheitlich in Bundesbesitz und damit öffentlich-rechtlich, schreibt der Föderativverband in einer Pressemitteilung von gestern. Allein schon deshalb liesse sich ein öffentlich-rechtliches Personalstatut weiterhin rechtfertigen. .

Der Bundesrat gefährde mit seinem Entscheid beim Personal nicht nur die Akzeptanz für die eingeleiteten Reformen bei Post und Telecom. Vielmehr komme damit zum Ausdruck, dass der Bundesrat „immer mehr zum Vollzugsorgan deregulierungswütiger Wirtschaftskreise“ werde. Der Bund sei in den letzten Jahren zusammen mit seinen Betrieben zum grössten Arbeitsplatzvernichter des Landes geworden.

Überdies habe der Bundesrat mit seinem Entscheid die PTT-Unternehmensleitung und den PTT-Verwaltungsrat ein weite Mal desavouiert. „Statt Konsens sucht der Bundesrat offensichtlich die Konfrontation.“

Der Föderativverband werde alles daran setzen, damit der bundesrätliche Entscheid im Parlament korrigiert werde.

Berner Tagwacht, 13.4.1996.

Föderativverband > Telecom. Personalstatut. TW, 1996-04-13